

zum Bebauungsplan "Ortskern Riemsloh - 1. Änderung", Melle-Riemsloh (Krumm)

1.0 Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl. S. 2253), zuletzt geändert durch das Investitionsförderungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. S. 456) und des § 40 der Nds. Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.06.1992 (Nds. GVBl. S. 239), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.1990 (Nds. GVBl. S. 113 ff), hat der Rat der Stadt Melle diese Bebauungsplanänderung, bestehend aus den nachstehenden textlichen Festsetzungen sowie aus der Planfassung als Satzungsbeschluss.

2.0 Planungsrechtliche Festsetzungen

2.1 Für den Bereich dieser Bebauungsplanänderung gelten nach wie vor die textlichen Festsetzungen des bisherigen Bebauungsplanes "Ortskern Riemsloh", als Satzungsbeschluss am 26.03.1981, rechtsverbindlich geworden am 30.01.1982.

3.0 Hinweise

3.1 Der gesamte Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung befindet sich innerhalb des "Trinkwasserschutzgebietes Krumm". Die entsprechenden Schutzbestimmungen dieses Gebietes sind zu beachten.

3.2 Im übrigen gelten die Hinweise des bisherigen Bebauungsplanes "Ortskern Riemsloh", rechtsverbindlich geworden am 30.01.1982, unverändert weiter.

4.0 Sonstiges

4.1 Diese Bebauungsplanänderung wird mit der Bekanntmachung der Durchführung des Anzeigeverfahrens rechtsverbindlich (§ 12 BauGB). Gleichzeitig treten die entgegenstehenden Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplanes "Ortskern Riemsloh", rechtsverbindlich geworden am 30.01.1982, für diesen Bereich außer Kraft.

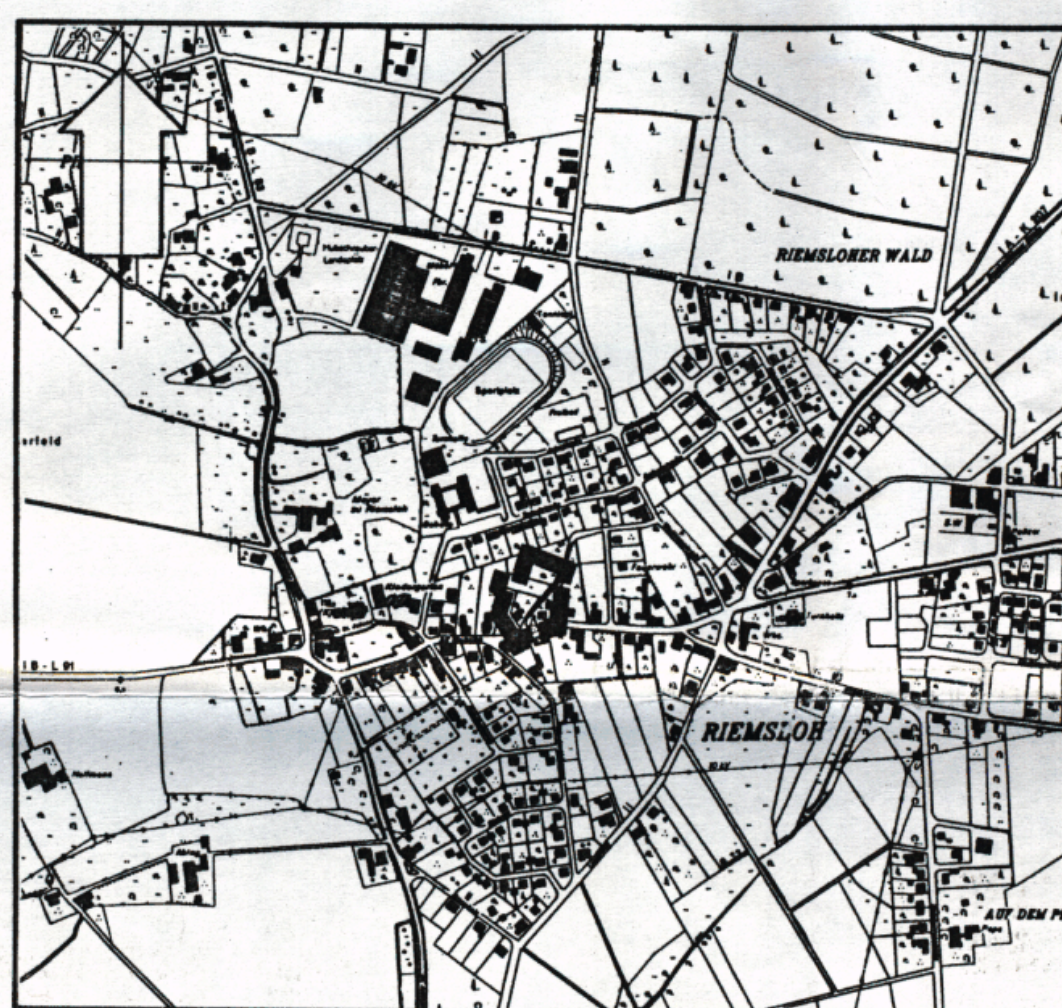
Melle, 29.03.1995

Bürgermeister



Stadtdirektor

ÜBERSICHTSKARTE M.1:10.000



PLANZEICHENERKLÄRUNG :

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

	REINES WOHNGEbiet		GEWERBEgebiet
	ALLGEMEINES WOHNGEbiet		INDUSTRIEgebiet
	MISCHgebiet		SONDERgebiet
	KERNgebiet		FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT
	FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT		FLÄCHEN FÜR DEN WALD

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG, BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

II	ZAHl DER VOLLGESCHOSSE : (HIER HÖCHSTGRENZE)		
II	ZAHl DER VOLLGESCHOSSE : (HIER ZWINGEND)		
03	GRUNDFLÄCHENZAHl		
06	GESCHOSSFLÄCHENZAHl		
20	BAUMASSENZAHl		
o	OFFENE BAUWEISE		
g	GESCHLOSSENE BAUWEISE		
	NUR EINZEL- U. DOPPELHAUSER ZULÄSSIG		NUR HAUSGRUPPEN ZULÄSSIG
	NUR EINZELHAUSER ZULÄSSIG		NUR DOPPELHAUSER ZULÄSSIG
---	BAULINIE	---	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER BAULICHER NUTZUNG
---	BAUGRENZE	---	ABGRENZUNG SONSTIGER UNTERSCHIEDLICHER FESTSETZUNGEN
---	VORH. GRUNDSTÜCKSGRENZEN		
---	VORGESCHLAGENE GRUNDSTÜCKSGRENZEN		
FD	FLACHDACH	D	DACHNEIGUNG
SD	SATTELDACH		
WD	WALMDACH		
			STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF

	FLÄCHEN ODER BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF		SPORTZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN
	ÖFFENTLICHE VERWALTUNG		POST
	SCHULE		SCHUTZBAUWERK
	KIRCHEN U. KIRCHLICHEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE U. EINRICHTUNGEN		FEUERWEHR
	SOZIALEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE U. EINRICHTUNGEN		ZEITPLATZ
	GESUNDHEITLICHEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE U. EINRICHTUNGEN		FRIEDHOF
	KULTURELLEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE U. EINRICHTUNGEN		

VERKEHRSFLÄCHEN

	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN		ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE
	STRASSENABGRENZUNGSFLÄCHEN		
	ZU- U. AUSFAHRTSVERBOT		
	FUSS- U. RADWEG		
			SICHTDREIECK

GRÜNFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 ZIFF. 15 BauGB.

	ÖFFENTLICHE KINDERSPIELPLÄTZE		ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und Abs. 6 BauGB.)		ZU ERHALTENDE BÄUME
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER LANDSCHAFT		ANZUPFLANZENDE BÄUME
	PARKANLAGE		ANZUPFLANZENDE STRÄUCHER

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

	FLÄCHEN FÜR STELLPLATZE		STELLPLATZE
	ELEKTRIZITÄT		GARAGEN
	GAS		GEMEINSCHAFTSSTELLPLATZ
	FERNWÄRME		GEMEINSCHAFTSGARAGEN
	WASSER		ABWASSER
	FLÄCHEN FÜR AUF-SCHÜTTUNGEN		ABFALL
	UMGRENZUNG DER FLÄCHE MIT WASSERRECHTL. FESTSETZUNGEN		ABLAGERUNG
	UMGRENZUNGEN VON SCHUTZGEBIETEN U. OBJEKTEN IM SINNE DES NATURSCHUTZES (§ 9 Abs. 6 BauGB.)		VORH. 10kV-ERKOKABEL
	HÖHENANGABEN		VORH. STÜTZKABEL
	HÖHENLINIE		SCHUTZSTREIFEN FÜR ELEKTRIZITÄTSLEITUNG
			NATURSCHUTZGEBIET
			LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET
			WASSERSCHUTZGEBIET
			QUELLSCHUTZGEBIET
			ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIET

NUR DIE MIT • GEKENNZEICHNETEN PLANZEICHEN SIND BESTANDTEIL DIESER PLANUNG !

DER RAT DER STADT MELLE HAT IN SEINER SITZUNG AM 13.12.1994 DIE AUFSTELLUNG DIESER PLANES BESCHLOSSEN.

MELLE, DEN 29.03.1995



Stadtdirektor

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES WURDE VOM BAUDEZERNAT DER STADT MELLE AUSGEARBEITET.

MELLE, DEN 29.03.1995

Stadtdirektor

DER RAT DER STADT MELLE HAT IN SEINER SITZUNG AM 13.12.1994 DEN ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 3 (2) BauGB. BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 31.12.1994 ÖRTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES UND DER BEGRÜNDUNG HABEN VOM 10.01.1995 BIS 10.02.1995 GEMÄSS § 3 (2) BauGB. ÖFFENTLICH AUSGELEGEN.

MELLE, DEN 29.03.1995



Stadtdirektor

DER RAT DER STADT MELLE HAT DEN BEBAUUNGSPLAN NACH PRÜFUNG DER BEDENKEN UND ANREGUNGEN GEMÄSS § 3 (2) BauGB. IN SEINER SITZUNG AM 29.03.1995 ALS SATZUNG (§ 9 BauGB.) SOWIE DIE BEGRÜNDUNG BESCHLOSSEN.

MELLE, DEN 29.03.1995



Stadtdirektor

IM ANZEIGEVERFAHREN GEMÄSS § 11 (3) BauGB. HABE ICH MIT VERFUGUNG VOM 12. Sep. 1995 AZ. : KEINE VERLETZUNG

VON RECHTSVORSCHRIFTEN GELTEND GEMACHT. LANDKREIS OSNABRÜCK Der Oberkreisdirektor Im Auftrage

Osnabrück, 12. Sep. 1995



Landkreis Osnabrück Der Oberkreisdirektor Im Auftrage

DE DURCHFÜHRUNG DES ANZEIGEVERFAHRENS IST GEMÄSS § 12 BauGB. AM 14.10.95 IM AMTSBLATT FÜR DEN LANDKREIS OSNABRÜCK BEKANNT GEMACHT WORDEN. DER BEBAUUNGSPLAN / DIE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES IST DAMIT AM 14.10.95 RECHTSVERBINDLICH GEWORDEN.

MELLE, DEN 21.11.95



Stadtdirektor

INNERHALB EINES JAHRES NACH INKRAFTTRETEN DES BEBAUUNGSPLANES IST EINE VERLETZUNG VON VERFAHRENS- UND FORMVORSCHRIFTEN GEMÄSS § 214 Abs. 1 SATZ 1 NR. 1 UND 2 BauGB. NICHT GELTEND GEMACHT WORDEN. (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB.)

MELLE, DEN

STADTDIREKTOR

INNERHALB VON SIEBEN JAHREN NACH INKRAFTTRETEN DES BEBAUUNGSPLANES IST EINE VERLETZUNG VON MANGELN DER ABWAGEN NICHT NICHT GELTEND GEMACHT WORDEN (§ 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB.).

MELLE, DEN

STADTDIREKTOR

STADT MELLE

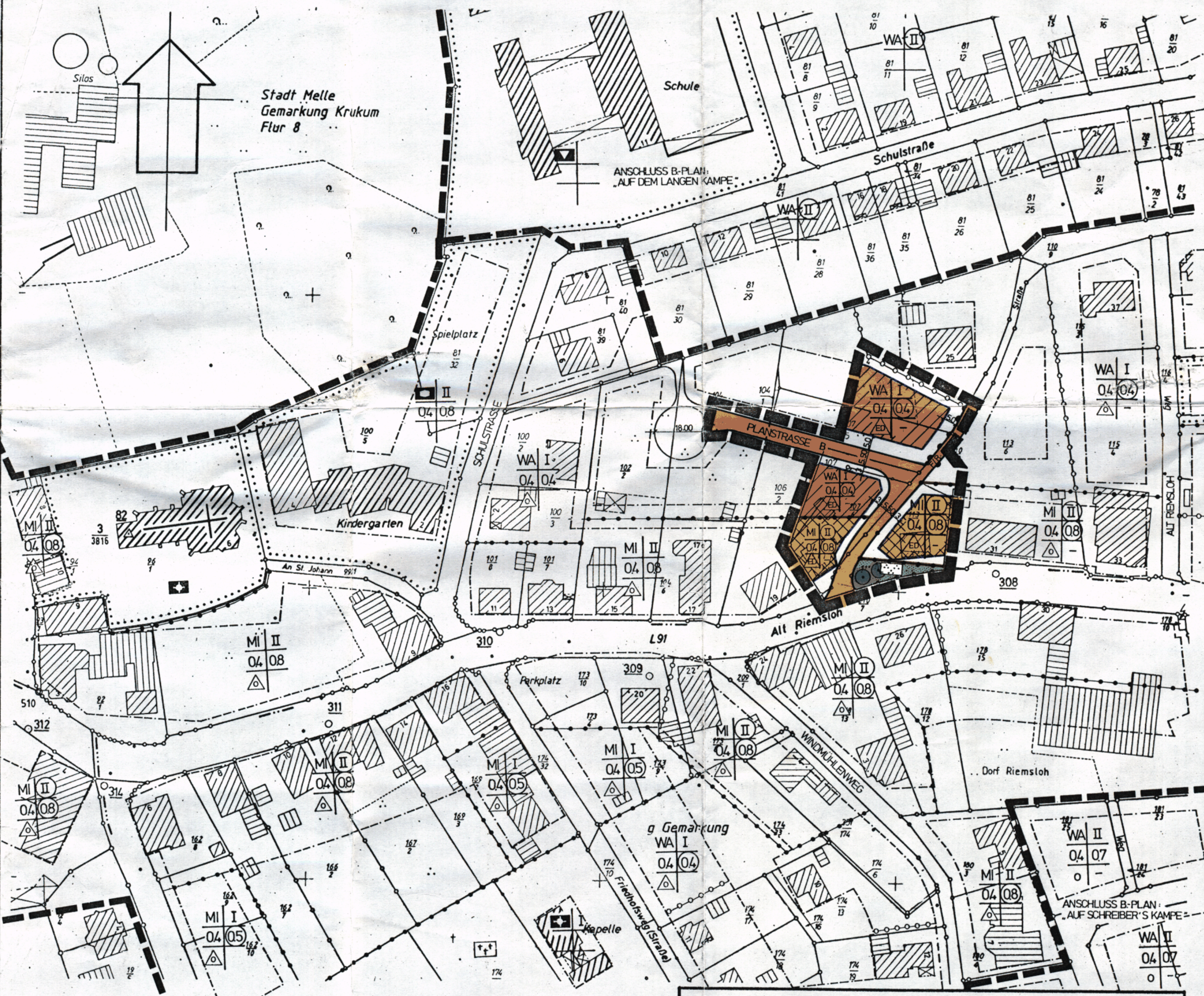
BEBAUUNGSPLAN

„ORTSKERN RIEMSLÖH – 1.ÄNDERUNG“

STADTTTEIL : MELLE – RIEMSLÖH

MASSTAB : 1:1000

7/11 ORIGINAL 2. AUSFERTIGUNG



Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte V 2017/95
Liegenschaftskarte: 6083C
Maßstab: 1:1000

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Niedersächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 2.7.1985, Nds. GVBl. S. 187, geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.9.1989, Nds. GVBl. S. 345.). Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 22.03.1995). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

OSNABRÜCK, den 28.06.95

Katasteramt OSNABRÜCK, gsa. Ritterhoff (Unterschrift)